

Noch eine Chance für die Liberalen

von Karl-Hermann Flach

Erstauflage 1971 / vorliegende Auflage (21. -25. Tausend) von 1976

Der Text ist immer noch aktuell / Der Nachdruck mit Ergänzungen durch freiwirtschaftliche und ordoliberalen Aussagen zu Flachs Themen halte ich für wünschenswert.

Tristan Abromeit
www.tristan-abromeit.de

29. Januar 2010

Text 80.2

Flugblatt aus dem Anfang der 70er Jahre

Auszüge

liberal

Karl-Hermann Flach

Liberalismus

und

Kapitalismus

liberal

KARL-HERMANN FLACH

LIBERALISMUS und KAPITALISMUS

Liberales
Bürgertum

Die Auffassung, daß Liberalismus und Privateigentum an Produktionsmitteln in jedem Fall identisch seien, gehört zu den Grundirrtümern der jüngsten Geschichte, die in unserer Zeit fortleben.

Sie erklärt sich aus der Tatsache, daß das aufkommende Bürgertum als festumrissene Gesellschaftsschicht seinen Aufstieg von der Durchsetzung liberaler Ideen abhängig sah. Das gab dem Liberalismus im 19. Jahrhundert seine Stoßkraft und seine soziale Basis. Das Bürgertum hat den Liberalismus groß gemacht, als es seinen gesellschaftlichen Aufstieg mit ihm verbunden glaubte. Es hat ihn (vor allem in Deutschland) schnell verraten, als es meinte, seine gesellschaftlichen Interessen im Bündnis vertreten zu können und der Arbeiterschaft den gesellschaftlichen Aufstieg verbauen wollte. Diese Bindung von Liberalismus und Bürgertum war eine Bindung auf Zeit.

Der Liberalismus läßt sich heute weder als Großunternehmer-Philosophie mißbrauchen, noch auf eine Kleinhändler-Ideologie reduzieren. Der Liberaler hat bei der Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft allerdings eifersüchtig darauf zu achten, daß nicht auch die bürgerlichen Freiheiten verlorengehen.

SOZIALLEHRE

Auch für die liberalen Theoretiker des frühen Kapitalismus wie Adam Smith und David Ricardo war der Liberalismus keine Privilegien-theorie, sondern eine Soziallehre. Sie gingen ganz schlicht von der These aus, daß der Fortschritt der Gesamtheit dann am wirksamsten wäre, wenn jeder einzelne für sich versuchen würde, das Beste zu erreichen. Maßstab war selbst ihnen nicht das Glück einiger einzelner, sondern das Glück der Gesamtheit als Summe des Erfolges strebsamer einzelner. Die Theorie von der Mobilisierung der Egoismus als Motor allgemeinen wirtschaftlichen Fortschritte war ja auch ohne Zweifel erfolgreich und ist es in Grenzen noch heute.

Doch bald zeigte sich, daß absolute Vertragsfreiheit, das freie Spiel der Kräfte, nicht zum vollkommenen Wettbewerb führten, sondern zu seiner fortlaufenden Einschränkung durch Kartelle und marktbeherrschende Konzentrationen. Die neoliberale Schule um Wilhelm Röpke und Walter Eucken, die den Wettbewerb als entscheidend für ein Funktionieren des Marktes und als wirksamsten Antrieb des wirtschaftlichen Fortschritts erkannt zu haben, rang sich dann zum Recht auf Staatsintervention zur Herstellung oder Wiederherstellung von Wettbewerb durch. Die modernen Kartellgesetze gehen auf diese Lehre zurück.

Akkumulation der Ungleich- heit

Heute sehen wir noch viel klarer, daß Privateigentum an Produktionsmitteln und Marktfreiheit zu einer immer größeren Ungleichheit führten, welche die Freiheit der großen Zahl gegenüber der Freiheit kleiner Gruppen unerträglich einschränkt. Die Vermögenskonzentration in den westlichen Industriegesellschaften führt selbst bei wachsendem Lebensstandard und steigender sozialer Sicherheit der lohnabhängigen Massen zu einer Disparität, welche der Begründung der Besitzverhältnisse mit dem Begriff der persönlichen Freiheit jede Grundlage entzieht.

Effektivität

Auf der anderen Seite steht die Tatsache, daß die Wirtschaftsgesellschaften mit Privateigentum und relativer Marktfreiheit bedeutend effektiver sind als alle bisher bekanntgewordenen Verwirklichungsversuche sozialistischer Modelle. Die Marktwirtschaften haben durch ihr zwar schwankendes, insgesamt aber hohes Wirtschaftswachstum jenen Entwicklungsstand erbracht, der z. sozialem Ausgleich und Erfüllung übergeordneter Aufgaben erst wirksam ermöglicht. Vernünftig verteilt werden kann in jeder Gesellschaft nur werden, was vorher erwirtschaftet wurde.

Aus diesen Gründen ist die Frage der besitzrechtlichen Organisation der Produktion für den Liberalen keine Glaubensfrage, sondern eine Frage nüchterner Zweckmäßigkeit. Es muß von Zeit zu Zeit, von Fall zu Fall, geprüft werden, ob die Antriebskraft privater Unternehmen für den gesamten wirtschaftlichen Fortschritt so wertvoll ist, daß die bei dieser Eigentumsform unvermeidliche Ungerechtigkeit als Preis der Effektivität in Kauf genommen werden kann, oder ob die Machtkonzentration privater Eigentümer so gefährlich ist, daß selbst gewisse Effektivitätsverluste für eine stärkere Machtaufteilung und mehr Gerechtigkeit zu riskieren sind.

Die starke Antriebskraft des Kapitalismus liegt vorwiegend nicht im Privateigentum, sondern im größtmöglichen Wettbewerb selbständiger Produktionsseinheiten und Handelspartner. Auch da, wo das Eigentum bei den großen Kapitalgesellschaften nicht mehr den Ausschlag gibt, wo also das Eigentum an Produktionsmitteln und Verfügungsgewalt über dieses Eigentum in verschiedenen Händen liegen, bleiben die Antriebskräfte erhalten, solange Wettbewerb besteht. Wettbewerb läßt sich bei verschiedenen Eigentumsformen organisieren. Und Wettbewerb wird auch bei totalem Privateigentum ohne Staatseingriffe ertickt.

Gewinn

Die gängige sozialistische Kritik am Kapitalismus gilt vor allem dem Prinzip der Gewinnmaximierung. Gewinn, abfällig als Profit bezeichnet, gilt so ipso als unmoralisch. Diese Kritik ist infantil. Solange es wirtschaftliches Wachstum geben soll, wird es das Rentabilitätsprinzip geben müssen. In den sozialistischen Ländern hat man längst erkannt, daß die gesamte Volkswirtschaft stagniert oder gar zurückgeht, wenn die Mehrheit der "Volks eigenen" Betriebe ohne Gewinn arbeitet. Natürlich kann man einzelne Unternehmen oder sogar ganze Wirtschaftszweige aufgrund unabwiesbarer öffentlicher Bedürfnisse ohne Gewinn oder auch mit Verlust arbeiten lassen, aber das geht auf die Dauer nur gut, wenn andere Betriebe oder Wirtschaftszweige mit ihren eigenen Gewinnen auch die Verluste der nicht-gewinnbringenden Betriebe und Wirtschaftszweige praktisch mit erwirtschaften. Auch in der kapitalistischen Wirtschaft gibt es ganze nichtgewinnbringende Zweige (Verkehr, Gesundheitswesen, Kulturbetriebe), die über den Ausgleich durch die öffentliche Hand von gewinnbringenden Zweigen subventioniert werden; und gibt es innerhalb von Konzernen Einzelbetriebe, die von anderen mit durchgeschleppt werden. Insgesamt muß aber jede Wirtschaft nach dem Gewinnprinzip arbeiten, wenn sie sich fortentwickeln will.

Dabei gibt es ständige Erfahrungen, immer wieder stellt sich heraus, daß die nicht auf Gewinn gerichtete öffentliche Wirtschaft teurer produziert. Häufig ist es zweckmäßig, wenn ein öffentliches Unternehmen Teilproduktionen oder Dienstleistungen an Privatunternehmer abgibt, weil diese trotz ihres einkalkulierten Gewinns schneller, besser und billiger arbeiten. In bestimmten Branchen und Betrieben übersteigen die Kosten der Bürokratisierung und die Reibungsverluste institutionalisierter Entscheidungswege die Gewinn, die ein Privatunternehmer üblicherweise herausziehen würde. Interessanterweise sind auch in der westlichen Gesellschaft nicht die auf Profit verzichtenden Konsumgenossenschaften an der Spitze der Preisbrecher, sondern meist leistungsfähige private Handelsketten und Versandhäuser. Das Problem des Kapitalismus besteht nicht darin, daß Unternehmer Gewinn erwirtschaften und entnehmen, sondern darin, daß die ständig notwendige Re-Investition des größten Teiles der Gewinne nicht nur moderne Produktionsanlagen und Arbeitsplätze schafft, sondern eine ständige Vermögenvermehrung in der Hand der Vorbesitzer der Produktionsmittel.

Gewinn:

Es kommt daher nicht auf die Frage an, Profitmaximierung oder nicht, sondern auf die Verwendung und Verteilung des Profits, sowie auf die Steuerungsmechanismen der Investitionen. Verteilungsinstrument ist das Steuersystem, über das Investitionen, Abschreibungen und Abschöpfungen nach gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten gesteuert werden können. Das Problem der kapitalistischen Staaten besteht nicht darin, daß der gesellschaftliche Ausgleich durch das Steuerungssystem nicht möglich ist, sondern in der Tatsache, daß es weitgehend nach den Wünschen und Interessen "DER WIRTSCHAFT" gestaltet und gehandhabt wird. An den Kapitalismus bleibt die alte marxistische Frage nach dem "MEHRWERT" gestellt. Es bleibt das Geheimnis jeden Wirtschaftens, daß der Zusammenklang der Produktionsfaktoren am Ende mehr ergibt als die Summe der Kosten der einzelnen Faktoren. Einfacher ausgedrückt: Wenn ein Unternehmen ein bestimmtes Kapital in Gebäude und Maschinen steckt, Rohstoffe und Halbfabrikate kauft, seine Belegschaft marktgerecht entlohnt, so bleibt bei einem gutgehenden Betrieb am Ende mehr übrig als die angemessene Verzinsung des Kapitals und der reine "Unternehmerlohn".

Wenn dieser Unternehmer drei Jahre lang verrauscht und seinen Betrieb durch angestellte Manager leiten läßt, wird er bei maßvoller Geschäftsführung jeden Morgen, an dem er aufwacht, reicher. Denn jeder realisierte Gewinn erhöht den Wert des Unternehmens ...